

Vorbehalt der Annahme eines gleichzeitig vom Bundesrate vorgelegten Bundesgesetzes betreffend Abänderung des Bundesgesetzes über das Rechnungswesen der Eisenbahngesellschaften, mit der Annahme des fraglichen Ankaufsvertrages und des gleichzeitig vorliegenden Gesetzes zum Abschluß. Ersterer erhielt 82 gegen 32, letzteres 90 gegen 13 Stimmen.

11. Juni. Der Ständerat nimmt mit 1 Stimme Majorität die Einführung des Banknoten-Monopols an.

14. Juni. Großes Eisenbahnunglück bei Mönchstein bei Basel durch Einbruch einer Brücke, wobei die Zahl der Toten 73, die der Verwundeten 131 beträgt.

Mitte Juni. Im Kanton Tessin wird durch Volksabstimmung mit 16,900 Stimmen die Verfassungsrevision beschlossen. Für die Revision durch den Verfassungsrat werden 9250, für eine solche durch den großen Rat 8300 Stimmen abgegeben.

19. Juni. (Bern.) Der Nationalrat spricht mit 70 gegen 64 Stimmen die Amnestie der wegen der Tessiner Unruhen vom September 1890 und Februar 1891 Verurtheilten aus.

18. Juni. (Bern.) Der Nationalrat stimmt mit 74 gegen 53 Stimmen dem Beschlusse des Ständerats zu, den Sitz des Landesmuseums nach Zürich zu verlegen. — Der Ständerat beschließt, den Bundesrat zum Ankauf des ganzen Centralbahnunternehmens zu ermächtigen und denselben aufzufordern, einen Gesetzentwurf, betreffend den Rückkaufmodus und die Organisation und Verwaltung des schweizerischen Eisenbahnnetzes vorzulegen. Die Beschlüsse des Nationalrates, betreffend Ankauf von 50,000 Centralbahnaktien und betreffend Aufhebung der gesetzlichen Beschränkungen des Stimmrechts für die im Besitze des Bundes befindlichen Eisenbahnaktien werden abgelehnt.

24. Juni. (Bern.) Der Ständerat lehnt mit 30 gegen 11 Stimmen die Amnestierung der bei den Tessiner Unruhen Beteiligten ab.

27. Juni. (Bern.) Die Junisession der Bundesversammlung wird geschlossen. 40 Mitglieder des Nationalrates verlangen in einer Eingabe an den Bundesrat für den Fall, daß die Verfassungsrevision betreffend Einführung einer Initiative, in der am 5. Juli stattfindenden Volksabstimmung angenommen werde, die Einberufung einer außerordentlichen Bundesversammlung für Ende Juli, damit dem Ergebnis der Abstimmung nachgekommen und die